



# Interviews

**Datum: 22 Juni 2025**

**Frank Capellan im Gespräch mit Bärbel Bas, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, SPD**

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

**Capellan:** Das Interview der Woche mit Frank Capellan im Studio und zu Gast ist heute die SPD-Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas, die ehemalige Bundestagspräsidentin, die neue Arbeits- und Sozialministerin und die künftige SPD-Vorsitzende, herzlich willkommen.

**Bas:** Ja, vielen Dank, ich freue mich auf das Gespräch.

**Capellan:** Das war eine lange Liste gerade.

**Bas:** Das stimmt.

**Capellan:** Ist Ihnen auch nicht in die Wiege gelegt worden, so viele Ämter.

**Bas:** Nein, ich habe jetzt gerade selbst gestaunt, als Sie das so aufgelistet haben.

**Capellan:** Müssen Sie sich da manchmal noch kneifen?

**Bas:** Ja, das passiert mir oft. Also, wenn man wirklich als Arbeiterkind auch mal die zweite Frau im Staat war, das ist schon, wie soll ich das sagen, immer noch ein Moment, wo ich immer mal wieder drüber nachdenke. Und das macht einen auch ein bisschen demütig, aber auch stolz, dass man das geschafft hat.

**Capellan:** Deswegen hatte ich das gerade gesagt – ist Ihnen nicht in die Wiege gelegt worden. Viele sagen ja, das ist gerade eine sozialdemokratische Bilderbuchkarriere, wenn man sich anschaut, aus welchen Verhältnissen Sie kommen, aus den sogenannten kleinen Verhältnissen, aus Duisburg, fünf Geschwister, Vater Busfahrer, Mutter Hausfrau. Sie haben einen Hauptschulabschluss. Gymnasium war da nicht drin als Mädchen?

**Bas:** Nein, das hat auch eine Vorgeschichte. Damals entschieden ja auch Schulen zum Teil noch, ob man auf die höhere Schule geht. Das war noch eine andere Regelung. Und mein Bruder, der älteste, ist halt auf dem Gymnasium vor mir gescheitert. Er ist drei Jahre älter als ich. Und dann war auch so die Aussage: Ja,

gut, aber das Mädchen schafft das dann ja auch nicht, wenn es der Junge nicht schafft. Und so bin ich dann eben nicht aufs Gymnasium gekommen.

**Capellan:** Aber es hat ja dann trotzdem alles geklappt – in Führungszeichen. Sie haben die Fachhochschulreife. Sie waren Bürogehilfin, haben dann diverse Studien, Fortbildungen gemacht, waren am Ende auch im Vorstand einer Betriebskrankenkasse. War das alles für Sie, also Ihr persönlicher Weg, wie man aus einfachen Verhältnissen dann diesen Aufstieg schaffen kann, war das auch ein Grund, in die SPD einzutreten?

**Bas:** Also zum einen kann man daran sehen, dass wir in einem guten und schönen Land leben, dass solche Möglichkeiten des Bildungsaufstieges einfach da sind, dass man sie nur nutzen muss und ergreifen muss. Auf der anderen Seite war mir aber es in der Tat wichtig, zu sagen, diese Chancen, die man eben als Kind hat, vielleicht nicht aus ganz einfachen Verhältnissen kommt, das war schon auch so prägend für mich, auch in die SPD am Ende einzutreten und genau für diese Leute auch zu kämpfen, für die Menschen, die eben es nicht so einfach im Leben haben.

**Capellan:** Jetzt sind Sie Arbeits- und Sozialministerin – das sozialdemokratische Schlüsselministerium. Also die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Partei der sogenannten kleinen Leute. Ja, und jetzt müssen Sie erst mal das Bürgergeld sanktionieren. Das ist Ihnen da in den Koalitionsvertrag reingeschrieben worden. Die Union möchte da Reformen. Ist eigentlich ein schwieriger Einstieg für eine linke Sozialdemokratin wie Sie, die jetzt zur Co-Vorsitzenden der Partei gewählt werden will. Wie wollen Sie das schaffen? Und wie wollen Sie die eigene Partei da mitnehmen?

**Bas:** Also zum einen haben wir ja auch im Koalitionsvertrag, das wird immer verschwiegen, verhandelt, dass wir auch genau die andere Seite auch sehr stark machen, nämlich dass Menschen, die vielleicht keinen Berufsabschluss haben, keinen Schulabschluss, dass die erst mal eine Qualifizierung bekommen, dass wir sie fit machen für den Arbeitsmarkt. Und das ist ein Schwerpunkt, der mir sehr wichtig ist, neben dem, was wir auch verhandelt haben. Ja, wir müssen auch die dazu bekommen, mehr und stärker mitzuwirken, dass sie die Maßnahmen auch annehmen, dass sie Termine einhalten. Und dazu stehe ich genauso. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

**Capellan:** Ja. Und das wird ja auch von den Jobcentern oft beklagt, dass es da zu wenig Möglichkeiten gibt. Warum tut sich die SPD so schwer damit?

**Bas:** Wir tun uns nicht schwer damit. Also wir tun uns eher damit schwer, dass wir sagen, es wird nur nach unten geguckt. Also es wird nur geguckt: Wo können wir bei

den Ärmsten der Armen noch irgendwas wegsparen? So, das ist der Punkt, der uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten massiv stört, weil wir auf der anderen Seite auch sehen, die Einkommensschere geht immer weiter auseinander. Wir haben auch die Vermögenden, die werden immer reicher und da wird nicht hingeguckt. Auch das ist übrigens eine Frage der Gerechtigkeit, wie man die mit einbezieht. Deswegen, uns stört und auch mich persönlich stört, dass der Fokus jetzt nur allein auf dem Bürgergeld ist. Und, ja, die Kosten sind gestiegen. Aber wir haben auch eine Million oder fast zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen in dieses System. Das wird jedes Mal vergessen bei den Debatten.

**Capellan:** Unten wegsparen, sagten Sie gerade. Aber das ist genau das, was der Kanzler, Friedrich Merz, im Grunde auch will. Denn der hat ja auch im Wahlkampf und jetzt in den Koalitionsverhandlungen, diese Reform angestoßen, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen. Also, wenn wir uns das anschauen, Gesamthaushalt 480 Milliarden etwa, Arbeit und Soziales hat einen Etat von etwa 175 Milliarden Euro. Und davon, aus Ihrem Topf, also aus Ihrem Etat, werden 27 Milliarden Euro fürs Bürgergeld ausgegeben. Das ist ja keine Kleinigkeit. Wie viel lässt sich denn da sparen, welche Hoffnung haben Sie, wenn man jetzt stärker sanktioniert?

**Bas:** Also die Sanktionen werden nicht helfen. Wo wir uns einig sind, ist, dass wir die Leute in den Arbeitsmarkt bekommen, dass wir sie qualifizieren. Also, wie gesagt, das wird immer vergessen. Wir haben – und da bin ich mir mit Friedrich Merz, mit dem Kanzler, komplett einig – wir haben gesagt, wir wollen jetzt nicht die Leistungen kürzen, sondern wir wollen es effektiver machen. Denn keiner von uns beiden – weder dem Kanzler, noch mir – gefällt, dass Menschen in dieser Grundsicherung festhängen. Und die, die gar nicht wollen, die müssen auch mit Sanktionen leben. Das ist aber ein geringer Teil. Deswegen kann ich Ihnen hier keine Summe nennen. Da gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Die einen meinen, wir könnten damit ganz, ganz viel sparen. Die Wahrheit ist, wenn man sich die Zahlen anschaut, die sogenannten Totalverweigerer sind eine geringe Anzahl. Wo wir aber auch noch effektiver werden können, das ist das Thema Kampf gegen Schwarzarbeit, denn auch das darf kein Geschäftsmodell sein. Auf der einen Seite schwarz zu arbeiten und dazu am Ende noch eine Grundsicherung zu bekommen.

**Capellan:** An die kommt man aber nicht ran mit schärferen Sanktionen. Da müsste es doch eher schärfere Kontrollen mit Blick auf die Schwarzarbeit geben.

**Bas:** Genau. Das ist aber auch nicht mein Ressort. Aber trotzdem sehe ich ja das Thema. Und das ist genau, in diesem Feld arbeiten wir als Arbeit, Soziales, aber auch mit dem Zoll und mit dem Finanzministerium ganz eng zusammen, weil das

auch ein Thema ist für viele, die sagen, ich gehe hier jeden Tag arbeiten und sehe nebenan, wie hier mit Schwarzarbeit die Leute auch gut durchs Leben kommen.

**Capellan:** Aber dann führen wir doch eigentlich mit Blick auf die Sanktionen die falsche Diskussion. Es wird der Eindruck erweckt, wir gehen jetzt Missstände an, den Missbrauch unseres Sozialsystems. Das wird auch von der AfD immer wieder beklagt. Also im Grunde geht es darum, oder?

**Bas:** Mir geht es darum, natürlich gibt es immer wieder Menschen, die ein System ausnutzen. Aber ich warne einfach davor zu glauben, damit würden wir Milliarden einsparen. Das ist kein Massenphänomen. Die allerallermeisten Menschen, auch im Bürgergeld, die haben es schon schwer genug. Ich wünsche mir, dass wir differenzierter über das Thema reden. Es ist zu einfach zu sagen, wir lösen das alles mit Sanktionen.

**Capellan:** Bürgergeld kostet sehr viel Geld. Noch viel mehr Geld kostet die Rente, auch, was Ihren Etat angeht. Also die Rentenzuschüsse, die Erwerbsminderung, Grundsicherung im Alter, wenn man das alles zusammenrechnet, kommt man, glaube ich, auf 70 Prozent, über 70 Prozent Ihres Etats, was da für die Rente draufgeht. Und das dürfte ja eher mehr werden. Also die SPD ist ja angetreten, das Rentenniveau bei 48 Prozent festzuschreiben. Die Union hat die Mütterrente erhöht. Allein diese Anrechnung von Kindererziehungszeiten kostet etwa 18 Milliarden Euro. Da sagen Experten, da kommen jetzt noch mal fünf Milliarden im Jahr drauf. Und dafür sind Sie, die Koalition, ja heftig gescholten worden, weil gesagt wird, das alles kurbelt die Konjunktur nicht an. Zusätzliche Ausgaben sind eher ein Wachstumshemmer. Spricht das dafür, diese Vorhaben – da kommen noch weitere hinzu, Pendlerpauschale, Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie, spricht alles dafür, das zu verschieben?

**Bas:** Nein.

**Capellan:** Warum nicht?

**Bas:** Erstens machen wir ja auf der Investitionsseite auch viel. Also wir haben ja jetzt erst mal ein riesiges, 500-Milliarden-Paket, wo wir sagen, wir wollen in dieses Land investieren. Davon profitieren ja auch ganz, ganz viele Menschen.

**Capellan:** Alles Schulden.

**Bas:** Das mag sein, aber erst mal werden wir damit einen Aufschwung generieren. Davon bin ich fest überzeugt. Und vor allen Dingen sichern wir damit Arbeitsplätze. Der Arbeitsmarkt ist insgesamt im Moment sehr schwierig, weil die Stimmung gedrückt war. Und jetzt müssen diese 500 Milliarden erst mal auf die Straße und auf

die Schiene gebracht werden, wie ich immer sage. Das heißt, wir müssen das auch jetzt schnell umsetzen. Das wird Arbeitsplätze erhalten. Das wird neue Arbeitsplätze schaffen. Und auf der anderen Seite sage ich, wer hart und viel arbeitet, der hat auch es verdient, dass er am Ende auch eine anständige Rente kriegt.

**Capellan:** Aber es ist doch die Frage, wie weit wir uns das noch leisten können angesichts des demografischen Wandels.

**Bas:** Aber soll ich der Krankenschwester sagen, ich kann mir deine Rente leider nicht mehr leisten, du hast zwar hart gearbeitet, aber sieh zu, wie du klarkommst? Das ist doch keine Option.

**Capellan:** Ja, aber für die Zukunft wäre doch die Option und die Forderung, die immer wieder gestellt wird, wir brauchen eine große Reform. Wir müssen möglicherweise auch ans Renteneintrittsalter von 67 Jahren ran. Katherina Reiche von der CDU, die Wirtschaftsministerin, hat jetzt in die Debatte geworfen, dass die abschlagsfreie Rente mit 63 nicht mehr haltbar sei ...

**Bas:** Gibt es ja gar nicht mehr. Die liegt ja jetzt schon bei 65.

**Capellan:** Richtig, das wird langsam angeglichen. Aber selbst da will sie ja ran. Und dahinter steht doch dann immer auch: Rente mit 67 geht nicht mehr.

**Bas:** Ich muss es doch differenziert mir anschauen. Also ich kriege ja auch immer vorgehalten das Beispiel aus Dänemark. Die sind jetzt auf 70 hochgegangen. Aber was immer verschwiegen wird, ist – ich hatte jetzt letztens erst die Arbeitsministerin aus Dänemark da – die haben viele Jahre davor sehr investiert in die Frühverrentung. Die haben zum Beispiel dafür gesorgt ... es gibt Berufe, da kann ich nicht so lange arbeiten. Die haben Modelle gefunden, das, was jetzt Frau Reiche ja mit ihrem Vorschlag gesagt hat, das muss sich alles verändern, da gibt es Frühverrentungsmodelle, gerade für Branchen und Berufe, wo die Menschen nicht so lange arbeiten können. Auch die brauchen ihre Sicherheit. Man kann nicht immer alles über einen Kamm scheren und sagen, jetzt müssen alle bis 70 und keiner darf mehr in Frühverrentung gehen. Übrigens, auch die Arbeitgeber, die das fordern, auf der anderen Seite nutzen sie diese Frühverrentungsmodelle, um Beschäftigte in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken, wenn es im Unternehmen mal nicht so gut läuft. Also das hat immer zwei Seiten. Und am Ende der Arbeitsministerin vorzuwerfen, das System wird immer teurer, ist in dem Fall auch ungerecht, weil die Arbeitgeber es selber als Instrument nutzen, wenn es im Unternehmen mal nicht so gutgeht.

**Capellan:** Zwei Seiten hat auch das, was die Koalition im Bund plant, dass das immer wieder auch zulasten der Länder und Kommunen geht. Wir haben jetzt gerade die Verhandlungen gehabt mit den Ministerpräsidenten. Bis zum kommenden

Dienstag soll weiterverhandelt werden. Da sagen die Regierungschefs aus den Ländern, wer bestellt, der muss auch bezahlen. Sehen Sie das Problem, dass man da ranmuss?

**Bas:** Ja, das sehe ich selber. Das sehe ich ja in meiner eigenen Kommune, dass wir hier im Bund oft Gesetze gemacht haben, übrigens auch Leistungsgesetze, die dann am Ende die Kommunen oder auch die Länder ausbaden mussten. Also deshalb haben wir uns fest vereinbart, auch in dieser neuen Koalition, darauf zu achten, wenn wir eben neue Gesetze machen, die vielleicht auch Leistung ausweiten, dass es dann auch eine Kompensation geben muss, dass wir nicht einfach als Bund Dinge beschließen können, die am Ende die Länder und die Kommunen finanzieren müssen.

**Capellan:** Das betrifft, Sie haben es indirekt eben angesprochen, zu einem Teil ja auch Ihr Ministerium. Ukrainische Flüchtlinge, die sollen kein Bürgergeld mehr bekommen. Die werden dann unterstützt mit dem Asylbewerberleistungsgesetz, nach den Vorgaben. Das geht dann wieder zulasten der Kommunen. Aber Sie wollen das durchziehen?

**Bas:** Das machen wir. Das war auch Wunsch in der Koalition. Das haben wir so vereinbart. Aber wir haben auch gleichzeitig vereinbart, dass die Kommunen dafür die Entlastung bekommen. Also, das haben wir direkt mitgedacht. Wenn wir schon den Rechtskreis wieder wechseln, dann müssen die Kommunen, die ja für das Asylbewerberleistungsgesetz zuständig sind, auch eine finanzielle Kompensation bekommen. Das ist fest versprochen.

**Capellan:** Bürgergeld und Rente haben wir angesprochen. Eine weitere Baustelle bei Ihnen ist das Tariftreuegesetz. Firmen, die für den Bund arbeiten, müssen nach Tarif zahlen. Das ist die grundsätzliche Idee, klingt gut. Die FDP hatte das Gesetz verhindert kurz vor dem Bruch der Ampel, hat gesagt: zu viel Bürokratie. Jetzt blockiert die Union?

**Bas:** Ich kann da nur den Kanzler selbst beim Wort nehmen. Er hat in seiner ersten Regierungserklärung im Parlament gesagt, er will die Tarifbindung wieder stärken und dieses Tariftreuegesetz ist ein Baustein dafür.

**Capellan:** Und wann kommt es?

**Bas:** Das wird jetzt relativ schnell. Das steht auch im ersten 70-Tage-Programm. Das werden wir jetzt auf den Weg bringen. Und es gibt so viele Unternehmen, die wirklich gute Tariflöhne haben, die eine tolle Mitbestimmung haben, die sind oft benachteiligt, wenn dann eben auch Unternehmen genommen werden für staatliche Aufträge, die keine Tarifverträge haben.

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

**Capellan:** Ein Thema aus Ihrem Bereich muss ich noch schnell abräumen gewissermaßen. Mindestlohn 15 Euro – kommt 2026?

**Bas:** Also erst mal haben wir jetzt die Mindestlohnkommission. Die ist wichtig. Und ich habe großes Vertrauen, dass die ihre Arbeit gut machen wird. Da sitzen die Sozialpartner, die normalerweise auch dafür zuständig sind, Löhne zu verhandeln. Dass der Gesetzgeber einsteigt, ist ja eine Ausnahme. Deswegen, ich setze sehr darauf, dass die Kommission das gut ausloten wird. Und der Termin steht ja. Also bis zum Ende des Monats Juni soll das Ergebnis kommen. Das war ja beim letzten Mal anders, als wir politisch eingegriffen haben. Da gab es ja einen Streit in der Mindestlohnkommission. Und am Ende gab es durch die Vorsitzende, die ihr Stimmrecht gezogen hat, eine Entscheidung. Und wir haben dann politisch eingegriffen. Wenn es aber eine Einigung ist, sowohl über die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite, dann, finde ich, sollte Politik nicht eingreifen, sondern dann haben wir auch den Sozialpartnern die Chance gegeben, das auszuverhandeln.

**Capellan:** Das Interview der Woche im Deutschlandfunk heute mit der ehemaligen Bundestagspräsidentin, mit Bärbel Bas. Frau Bas, wir haben turbulente Zeiten erlebt im Bundestag. Stichwort Kanzlerwahl. Hat es noch nie gegeben, dass der Kanzler nicht im ersten Wahlgang gewählt wurde. Wir haben mehr als 150 AfD-Abgeordnete. Also die Stimmung ist, glaube ich, eine andere geworden im Bundestag. Es ist lauter geworden, noch mehr Zwischenrufe. Sind Sie froh, dass Sie nicht mehr da oben sitzen müssen auf dem Präsidium?

**Bas:** Also ich bin ja oft im Plenum jetzt auf einer anderen Bank, auf der Regierungsbank.

**Capellan:** Auch oben.

**Bas:** Und ich beneide meine Nachfolgerin wirklich nicht. Das ist ein hartes Geschäft. Ich kann das sehr gut nachempfinden, welche Schwierigkeiten sie hat. Sie hat schon auch Mühe, sich mit Ordnungskraft durchzusetzen. Aber es liegt nicht an ihr, sondern es ist einfach diese Verhärtung der Sprache, diese Provokation und dass eben Ordnungsrufe oft als Trophäen benutzt werden. Und deshalb kann ich sie nur dabei unterstützen, wenn sie auch sagt, sie will die Geschäftsordnung noch mal ändern. Es gab ja schon in der letzten Legislatur einen ersten Vorschlag, dass man auch die Strafen noch mal erhöht. Ich glaube, das muss auch sein, damit wir wieder auch zur Würde des Parlaments zurückkommen und die Debatten in der Sache führen und nicht über Diskriminierung und Beschimpfungen.

**Capellan:** Kann man die AfD noch bändigen über gutes Regieren? Das hat sich die Koalition ja jetzt vorgenommen, auch mit Blick auf die kommende Bundestagswahl

2029, wo viele gesagt haben, das ist jetzt die letzte Chance. Oder ist es so – wie stehen Sie dazu – wie andere sagen, die AfD wurde jetzt vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft, müsste man sie verbieten? Also, die Verfassung gibt uns ja diese Möglichkeit. Und die ist ja nicht durch Zufall in die Verfassung gekommen, ein Parteienverbot. Das hat ja Gründe aus der Geschichte. Und wir müssen beides tun. Wir müssen die Menschen wieder für demokratische Politik gewinnen, die Probleme löst in diesem Staat. Das ist das eine. Und auf der anderen Seite, wenn wir wirklich Verfassungsfeinde haben – und das ist rechtlich zu prüfen – dann müssen wir ernsthaft ein AfD-Verbot oder ein Parteienverbot prüfen.

**Capellan:** Aber Sie sind da noch unentschieden?

**Bas:** Ich bin nicht unentschieden, sondern ich kenne den Bericht nicht. Also ich bin auch keine Juristin. Denn einfach es zu beschließen, das hört sich sehr leicht an. Aber wenn der Bundestag einen solchen Beschluss fasst, dann eröffnen wir damit ein Gerichtsverfahren. Und ich finde, man muss zum einen erst mal prüfen, ob es dann auch verfassungsrechtlich gute Gründe gibt, es zu tun. Und dann bin ich auch dafür. Das sage ich ganz deutlich. Wenn die Beweise dafür da sind, sollten wir es tun.

**Capellan:** Sie haben Ihre Nachfolgerin eben angesprochen, Julia Klöckner, die keinen leichten Stand hat. Sie hat jetzt allerdings gebilligt, dass es der queeren Bundestagsgruppe verboten wird, am Christopher Street Day teilzunehmen. Ich glaube, das war mal ein großes Anliegen von Ihnen, dass das geht.

**Bas:** Ja. Ich habe das damals eingeführt und zwar, weil ich auch die Charta der Vielfalt unterschrieben habe. Denn der Deutsche Bundestag ist halt auch ein diverser Arbeitgeber. Das heißt, wir wollen ja auch als attraktiver Arbeitgeber dafür werben, dass eben alle Menschen auch in einer Verwaltung einen Platz haben, egal, welcher Religion, sexueller Orientierung oder ob sie Menschen mit Behinderungen sind, angehören, dass wir da den Zusammenhalt haben. Und deswegen habe ich mich damals dafür entschieden. Ich bin auch mitgelaufen 2023 selber mit der Gruppe. Und ich finde es einfach schade, dass das jetzt nicht möglich ist, weil es einfach auch viele Menschen in der Verwaltung gibt, die, glaube ich, gerne ein Zeichen gesetzt hätten. Ich finde es einfach schade.

**Capellan:** Frau Bas, Sie wollen nächste Woche Parteivorsitzende, Co-Vorsitzende gemeinsam mit Lars Klingbeil werden auf dem SPD-Parteitag. Sie stammen aus Duisburg. Da haben Sie 39 Prozent der Stimmen geholt bei dieser Bundestagswahl. Aber die SPD ist ja längst nicht mehr die stärkste Kraft im Ruhrgebiet, was ja mal die Herzkammer der Sozialdemokratie war, so bezeichnet wurde. Es gibt AfD-

Hochburgen. Was wollen Sie tun, um die SPD aus diesem historischen Tief, 16 Prozent der Stimmen nur noch bei der Bundestagswahl, herauszuholen?

**Bas:** Also ich habe sicherlich kein Allheilmittel. Dann wäre ich wirklich die Heilsbringerin sozusagen für die SPD. Nein, wir müssen da hart dran arbeiten. Ich glaube, es hat über viele Jahre Gründe, warum wir vielleicht auch zunehmend in der Arbeitnehmerschaft Stimmen verloren haben. Die müssen wir wieder zurückgewinnen, also die Menschen, die wirklich dieses Land hier am Laufen halten. Aber wir müssen uns auch grundsätzlich – deswegen wollen wir das auf dem Parteitag jetzt auf den Weg bringen – auch noch mal damit befassen, ob wir noch die richtigen Zukunftsvisionen auch für unsere Partei haben. Wo stehen wir eigentlich? Für wen machen wir Politik und mit welcher Zukunftsvision? Wie soll zum Beispiel ... wir haben gerade lange darüber gesprochen, über die Sozialversicherung. Wie soll eigentlich der Sozialstaat der Zukunft aussehen? Was müssen wir dafür tun? Wie wollen wir in Zukunft auch gute Arbeit, Wirtschaft finanzieren, unterstützen? Wie wollen wir dafür sorgen, dass viele Menschen ihren Arbeitsplatz behalten? Also das sind alles die Zukunftsfragen. Auch übrigens Aufstieg durch Bildung. Wie wollen wir auch wieder zeigen, dass das in diesem Land möglich ist? Also allein an meiner eigenen Biografie. Ist das heute überhaupt noch so möglich? Oder was müssen wir dafür politisch auch an Rahmenbedingungen setzen?

**Capellan:** Pardon, wenn ich Sie unterbreche. Ich frage mich nur: Wie wollen Sie das glaubhaft umsetzen, also diese Profilierung? Sie haben ja auch Versuche unternommen. Sie haben gesagt, Beamte, Selbstständige, die müssen auch in die Rentenversicherung einzahlen. Es gibt seit ewigen Zeiten die Vorstellung der SPD, eine Bürgerversicherung einzuführen, also private, gesetzliche Krankenversicherung, das abzuschaffen. Aber Sie sind doch gebunden an die Koalitionsdisziplin. Das sind ja alles Dinge, die kann man mit der Union nicht machen. Also dann wird doch am Ende bei den Leuten eher hängenbleiben: Na ja, als Arbeitsministerin, sie kann so was nicht umsetzen und als Parteivorsitzende hat sie schöne Ideen und Wolkenkuckucksheime sind das im Grunde.

**Bas:** Aber es geht der Union ja genauso, dass sie ihre Politik ja auch nicht 1:1 umsetzen kann, weil auch die SPD in einer Regierung ist. Also, das lasse ich nicht gelten. Ich glaube, trotzdem muss ich doch darüber hinaus sagen können, über diesen Kompromiss hinaus, wo ich als SPD meine Prioritäten setze. Und ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass es ein Gerechtigkeits Thema ist, ob alle in ein Versicherungssystem einzahlen oder nicht. Wir müssen aber auch als SPD aufpassen, dass das, was wir sagen, so realistisch eben auch ist, dass wir es auch umsetzen können. Ich glaube, keiner will mehr das Wort Bürgerversicherung hören von uns, wenn wir nicht auch zeigen können, dass wir es auch in die Tat umsetzen.

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

**Capellan:** Das führt mich zu einer Frage, die Richtung Außenpolitik geht. Sie wissen, worauf ich hinauswill. Das Manifest. Die SPD soll wieder im Sinne von Willy Brandt – sagen viele – Friedenspartei werden. Hat heftige Diskussionen hervorgerufen, weil es darum geht auch, möglicherweise mit Putin zu verhandeln, weil es darum geht, eben nicht weiter aufzurüsten, nicht so viel Geld für Verteidigung auszugeben. Stichwort 3,5 oder gar 5 Prozent für Verteidigung. Hat Sie das überrascht? Denn im Grunde schien doch alles abgeräumt. Man hat ja auch mit mehr als 80 Prozent den Koalitionsvertrag gebilligt seitens der SPD-Mitglieder, wo das doch im Grunde auch alles drin stand.

**Bas:** Das ist ja das Schöne an meiner Partei, dass es immer Debatten gibt. Wir sind ja eine lebendige Partei. Und dass die SPD – sie muss keine Friedenspartei werden. Ich empfinde mich immer noch so. Nur, wir leben gerade in Zeiten, in denen es eben nicht friedlich ist. Und wir müssen mit dieser Situation jetzt umgehen. Und wir brauchen immer beides. Wir müssen auf der einen Seite – das schließt sich für mich persönlich nicht aus, deswegen bin ich überrascht über das Manifest, weil wir eigentlich im Dezember 2023 auch schon auf dem Bundesparteitag einen sehr ausführlichen Beschluss dazu gefasst haben, dass wir zum einen die diplomatischen Dinge, da, wo sie möglich sind, nutzen. Auf der anderen Seite haben wir uns entschieden, die Ukraine zu unterstützen. Und Putin will im Moment nicht sprechen. Also selbst, wenn man sieht, dass er mit dem amerikanischen Präsidenten zwar telefoniert, aber danach wieder die großen Anschläge in der Ukraine stattfinden über Raketenbeschuss, dann merkt man einfach, da ist einer, der will nicht reden.

**Capellan:** Also ist das doch ein Affront gegen die Parteiführung, gegen Lars Klingbeil, gegen Boris Pistorius – immer noch der beliebteste Politiker Deutschlands – der von Kriegstüchtigkeit gesprochen hat, die wir erreichen müssten und damit ja auch viel Widerspruch in der eigenen Partei hervorgerufen hat.

**Bas:** Das ist kein Affront. Ich glaube, die Menschen, also die 100, die dieses Manifest unterschrieben haben, denen will ich nicht absprechen, dass sie nicht auch Angst vor Krieg haben – genauso übrigens wie viele Menschen in unserer Bevölkerung, die verunsichert sind durch die Krisen und Kriege, jetzt der Konflikt in Nahost. Wie gesagt, ich teile die Inhalte dieses Papiers nicht, aber mir ist wichtig, dass wir immer als SPD danach gesucht haben, nach Wegen gesucht haben, wie wir Krieg vermeiden können.

**Capellan:** Aber jetzt haben wir in Nahost, haben Sie gerade angesprochen ...

**Bas:** Wir haben eine andere Situation.

**Capellan:** Einen neuen Krieg. Da gibt es jetzt auch heftigen Widerspruch in der SPD, weil der Kanzler gesagt hat beim G7-Treffen in Kanada: Israel macht mit Blick auf den Iran die Drecksarbeit für uns. Würden Sie sagen, da hat er recht? Oder ist das eher ein Bruch des Völkerrechtes?

**Bas:** Also ist jetzt nicht meine Wortwahl, sondern ich kann das auch nicht einschätzen, ob es ein Bruch ist. Also man kann da jetzt viel drüber reden, aber wir wissen doch alle, was dieses Regime, diese Mullahs, die wollen den Staat Israel auslöschen. Und bis wir warten, bis die eine Atomwaffe haben, dann ist es zu spät. Und jetzt streiten wir uns, ob der Kanzler ein Wort gesagt hat, ja oder nein. Sondern wir sollten uns darüber mal wirklich unterhalten: Wie gehen wir eigentlich mit diesem Konflikt um? Wie können wir auch dazu beitragen zu Deeskalation? Das ist doch, was den Menschen jetzt auch in unserem Land Angst macht. Und unser Anspruch muss doch sein, natürlich den Staat Israel – das ist unsere deutsche Staatsraison – auch zu unterstützen. Und auf der anderen Seite leidet immer auch Zivilbevölkerung unter solchen Konflikten. Also auch das darf man nicht vergessen.

**Capellan:** Das führt mich zum Schluss noch zu der Frage, diese ganze friedenspolitische Debatte, sage ich mal, die ja vielleicht auch auf dem Parteitag eine große Rolle spielen wird, ist die auch begründet in der Personalpolitik? Rolf Mützenich gehört zu den Unterzeichnern, ist der Prominenteste im Grunde des Manifestes. Da gab es ja auch viel Unmut darüber, dass Lars Klingbeil jetzt der neue starke Mann ist. Saskia Esken musste daran glauben. Sie kommen jetzt als neue Parteivorsitzende. Klingbeil hatte sich den Fraktionsvorsitz von Mützenich noch am Wahlabend geholt. Das hat mich an Frank-Walter Steinmeier erinnert, der das nach einer Wahlniederlage auch mal gemacht hat. Also gibt es da Rachegefühle gewissermaßen in Ihrer Partei? Ein Lars Klingbeil, der hat doch auch Verantwortung für die Wahlniederlage.

**Bas:** Also das würde ich Rolf Mützenich niemals unterstellen. Wer Rolf Mützenich kennt – und ich kenne ihn wirklich lange – der hat schon immer einen sehr klaren Fokus auf eine auch Friedenspolitik gelegt und auch übrigens Ralf Stegner. Also das würde ich denen nie unterstellen, nur, weil sie jetzt irgendeinen Posten nicht bekommen haben, dass sie jetzt plötzlich so ein Manifest schreiben. Sondern das mag einen Konflikt inhaltlich in der Partei sein, wobei der gar nicht so groß ist nach meinem Empfinden. Ich glaube, die Allermeisten stehen zu unserer Aussage, dass wir verteidigungsfähig sein müssen. Und auf der anderen Seite, das treibt uns Sozialdemokraten immer um, wir wollen Konflikte entschärfen. Wir wollen Diplomatie. Und das würde ich allen, die da unterschrieben haben, nicht unterstellen, dass sie jetzt irgendwie stinkig sind, weil sie irgendeinen Posten nicht bekommen haben. Und ich war auch immer eine, die gesagt hat, lieber Frieden schaffen ohne Waffen. Aber

als ich in der Ukraine stand, ich war ja auch vor Ort, und wenn man mit den Menschen dort redet, da habe ich in meinem eigenen Kopf eine Zeitenwende gemacht. Und ich glaube, ja, ich bin auch für Frieden, ich will das auch ohne Waffen, aber die Welt ist leider nicht so schön, wie ich sie mir vorstelle.

**Capellan:** Das wäre jetzt ein schönes Schlusswort, erinnert mich aber noch ganz kurz an einen ehemaligen Verteidigungsminister – Peter Struck. Und da kommt mir in den Sinn, der war wie Sie Motorradfahrer. Und ich erinnere mich, dass der auch mit dem Motorrad zum Koalitionsausschuss mal vorgefahren ist. Werden Sie das auch machen?

**Bas:** Ja, ich überlege in der Tat gerade, weil ich selten zu Hause bin und die steht leider zu Hause in Duisburg, dass ich sie vielleicht doch mal hier nach Berlin transportieren lasse und dann könnte ich vielleicht auch vorfahren.

**Capellan:** Und die Maschine ist gut in Schuss? Sie brauchen keine neue und Sie müssen keine Sorge haben vor EU-Zöllen auf die Harley-Davidson, die Sie nämlich fahren?

**Bas:** Ja, ja, die ist wunderbar gewartet. Also, ich brauche keine Ersatzteile zurzeit, alles super.

**Capellan:** Bärbel Bas, herzlichen Dank.

**Bas:** Gerne.